OSZE

Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
Ständiger Rat

PC.JOUR/1581
15 October 2026

GERMAN
Original: ENGLISH

Vorsitz: Schweiz

1581. PLENARSITZUNG DES RATES

1. Datum: Donnerstag, 15. Oktober 2026 (im Ratsaal)

   Beginn: 10.05 Uhr
   Unterbrechung: 12.55 Uhr
   Wiederaufnahme: 15.00 Uhr
   Schluss: 15.55 Uhr

2. Vorsitz: N. Plattner

   Russische Föderation (Anhang 1), Ukraine, Vereinigte Staaten von Amerika, Vorsitz

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

   Punkt 1 der Tagesordnung: DIE FORTGESETZTE AGGRESSION DER RUSSISCHEN FÖDERATION GEGEN DIE UKRAINE

   Vorsitz, Ukraine (PC.DEL/1022/26), Vereinigtes Königreich, Irland – Europäische Union (mit Albanien, Andorra, Bosnien und Herzegowina, Georgien, Island, Liechtenstein, Moldau, Monaco, Montenegro, Nordmazedonien, Norwegen, San Marino und der Ukraine) (PC.DEL/1026/26), Kanada (PC.DEL/1019/26), Türkiye, Frankreich (Anhang 2), Norwegen (PC.DEL/1004/26), Deutschland (PC.DEL/1007/26 OSCE+), Russische Föderation (PC.DEL/988/26)

   Punkt 2 der Tagesordnung: BESCHLUSS ÜBER DIE EMPFEHLUNG AN DEN MINISTERRAT, EINEN BESCHLUSS ÜBER DIE ZUERKENNUNG DES STATUS EINES KOOPERATIONSPARTNERS AN KATAR ZU VERABSCHIEDEN

   Vorsitz

Beschluss: Der Ständige Rat verabschiedete den Beschluss Nr. 1534 (PC.DEC/1534) über die Empfehlung an den Ministerrat, einen Beschluss über die Zuerkennung des Status eines Kooperationspartners an Katar zu verabschieden.

Punkt 3 der Tagesordnung: BERICHT DES LEITERS DER OSZE-MISSION IN KOSOVO

Vorsitz, Leiter der OSZE-Mission in Kosovo (PC.FR/12/26 OSCE+), Irland – Europäische Union (mit Bosnien und Herzegowina, Island, Liechtenstein, Moldau, Montenegro, Nordmazedonien, Norwegen und der Ukraine) (PC.DEL/1023/26), Vereinigtes Königreich, Türkiye, Russische Föderation (PC.DEL/989/26), Spanien (Anhang 3), Albanien (PC.DEL/993/26 OSCE+), Serbien (PC.DEL/1011/26 OSCE+), Japan (Kooperationspartner)

Punkt 4 der Tagesordnung: PRÜFUNG AKTUELLER FRAGEN

(a) *Der fortgesetzte hybride Krieg der NATO und der Europäischen Union gegen Russland*: Russische Föderation (PC.DEL/990/26), Niederlande (PC.DEL/992/26 OSCE+)

(b) *Maßnahmen zur Bekämpfung des Antisemitismus*: Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/1014/26), Kanada (PC.DEL/1020/26 OSCE+), Bulgarien (PC.DEL/1027/26 OSCE+), Russische Föderation (PC.DEL/994/26/Rev.1 OSCE+), Rumänien (PC.DEL/1016/26 OSCE+)

(c) *Europäischer Tag und Welttag gegen die Todesstrafe am 10. Oktober 2026*: Irland – Europäische Union (mit Albanien, Andorra, Bosnien und Herzegowina, Island, Moldau, Monaco, Montenegro, Nordmazedonien, San Marino, Serbien und der Ukraine) (PC.DEL/1024/26), Norwegen (auch im Namen von Andorra, Island, Kanada, Liechtenstein und dem Vereinigten Königreich) (PC.DEL/1008/26), Russische Föderation (PC.DEL/995/26 OSCE+), Belarus (PC.DEL/1001/26 OSCE+)

(d) *Internationaler Tag des Mädchens am 11. Oktober 2026*: Irland – Europäische Union (mit Albanien, Andorra, Bosnien und Herzegowina, Georgien, Island, Liechtenstein, Moldau, Monaco, Montenegro, Nordmazedonien, Norwegen, San Marino, der Ukraine und dem Vereinigten Königreich) (PC.DEL/1025/26), Kanada (PC.DEL/1021/26 OSCE+), Türkiye, Russische Föderation (PC.DEL/1000/26 OSCE+), Aserbaidschan

(e) *80. Jahrestag der Urteile des Internationalen Militärgerichtshofs von Nürnberg*: Russische Föderation (PC.DEL/999/26), Belarus (PC.DEL/1002/26 OSCE+)

(f) *Untersuchung der Inszenierung in Butscha*: Russische Föderation (PC.DEL/996/26)

Punkt 5 der Tagesordnung: BERICHT ÜBER DIE TÄTIGKEIT DES AMTIERENDEN VORSITZENDEN

(a) *Besuch des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE, I. Cassis, in Armenien und Georgien am 15. und 16. Oktober 2026*: Vorsitz

(b) *Besuch des Sonderbeauftragten des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für den Prozess zur Beilegung der Transnistrien-Frage, Botschafter T. Lenk, in Moldau*: Vorsitz

(c) *Teilnahme der Persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE zur Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Musliminnen und Muslimen, Botschafterin E. Dağdelen Akgün, an einer ODIHR-Nebenveranstaltung zum Thema „Hassverbrechen gegen Migrantinnen und Migranten" am Rande der Warschauer Konferenz zur menschlichen Dimension 2026 am 13. Oktober 2026*: Vorsitz

(d) *Teilnahme des Persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzenden für die Bekämpfung des Antisemitismus, Rabbi A. Baker, an einem Treffen der Sonderbeauftragten und Koordinatorinnen und Koordinatoren zur Bekämpfung des Antisemitismus vom 12. bis zum 14. Oktober 2026 in Dublin*: Vorsitz

(e) *Teilnahme des Sonderbeauftragten des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE zur Förderung des Dialogs und der Vertrauensbildung, Botschafter S. Rumin, an einer Sitzung des Wirtschafts- und Umweltausschusses am 9. Oktober 2026 in Wien sowie am Genfer Friedensforum am 12. Oktober 2026:* Vorsitz

Punkt 6 der Tagesordnung: BERICHT DES GENERALSEKRETÄRS

(a) *Informelle Gespräche zum Vorschlag für den Gesamthaushaltsplan 2027 vom 12. bis zum 14. Oktober 2026*: Generalsekretär (SEC.GAL/120/26)

(b) *Alarmierende humanitäre Lage in der Ukraine und zunehmende Risiken einer weiteren Eskalation*: Generalsekretär (SEC.GAL/120/26)

Punkt 7 der Tagesordnung: SONSTIGES

(a) *Gemeinsame Sitzung der Gruppe für die OSZE-Kooperationspartner in Asien und des OSZE-Sicherheitsausschusses am 23. Oktober 2026*: Finnland

(b) *Parlamentswahl in Spanien am 29. November 2026*: Spanien

(c) *Ergebnisse des achten Konsultationstreffens der Staatschefs zentralasiatischer Länder und der Republik Aserbaidschan, des Rates der Staatschefs der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) sowie des ersten Kaspischen Umweltgipfels am 8. und 9. Oktober 2026 in Awaza (Turkmenistan)*: Turkmenistan, Kasachstan (PC.DEL/1018/26 OSCE+), Russische Föderation (PC.DEL/998/26), Belarus

(d) *Warschauer Konferenz zur menschlichen Dimension 2026 vom 5. bis zum 15. Oktober 2026*: Georgien (PC.DEL/1015/26 OSCE+), Vorsitz, Aserbaidschan

4. Nächste Sitzung:

Donnerstag, 22. Oktober 2026, um 10.00 Uhr im Ratsaal

OSZE

Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
Ständiger Rat

PC.JOUR/1581
15 October 2026
Annex 1

GERMAN
Original: RUSSIAN

1581. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 1581, Punkt 2

ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION

Herr Vorsitzender,

es ist enttäuschend, dass der amtierende Schweizer Vorsitz sich dem politischen Klima beugt und weiterhin den auf Konfrontation ausgerichteten Punkt „Aggression Russlands gegen die Ukraine“ auf die Tagesordnung des Ständigen Rates setzt.

Derartige Aktionen des Vorsitzes sind mit den in der Geschäftsordnung der OSZE (Abschnitt IV.1 (C)) vorgesehenen festen Tagesordnungspunkten gänzlich unvereinbar. Dies schließt die Möglichkeit einer gleichberechtigten und diskriminierungsfreien Teilnahme an einer Diskussion über die Entwicklungen in der und um die Ukraine aus.

Die Einberufung von Sitzungen des Ständigen Rates muss vollständig im Einklang mit der Geschäftsordnung der OSZE stehen, die Konsultationen mit allen Teilnehmerstaaten vorsieht (Abschnitt IV.1 (C) Absatz 1 und Abschnitt IV.1 (C) Absatz 3), und darf nicht gegen die Bestimmungen des Mandats des amtierenden Vorsitzes verstoßen, das diesen unmissverständlich dazu verpflichtet, bei seinen Handlungen die gesamte Bandbreite der Meinungen zu berücksichtigen (Beschluss Nr. 8 des Ministerrats von Porto 2002).

Wir ersuchen darum, dass dieser formelle Vorbehalt gemäß Artikel IV.1 (A) Absatz 6 der Geschäftsordnung der OSZE in das Journal der heutigen Sitzung des Ständigen Rates aufgenommen wird.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

OSZE

Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
Ständiger Rat

PC.JOUR/1581
15 October 2026
Annex 2

GERMAN
Original: FRENCH

1581. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 1581, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION FRANKREICHS

Herr Vorsitzender,

Frankreich schließt sich der Erklärung der Europäischen Union an und möchte in nationaler Eigenschaft noch eine eigene Erklärung hinzufügen.

Russland hat bei seinen blutigen Angriffen auf die ukrainische Zivilbevölkerung eine neue Eskalationsstufe erreicht – mit verheerenden Folgen.

Am 7. Oktober wurden bei einem Angriff auf ein Wohnhaus in Pryluky im Gebiet Tschernihiw 22 Zivilpersonen getötet, darunter fünf Kinder. Am Tag darauf wurden in zwei Bussen in Kramatorsk im Gebiet Donezk 30 Zivilpersonen getötet. Frankreich gedenkt dieser Opfer. In der Nacht vom 13. auf den 14. Oktober waren die Hauptstadt Kyjiw und die gleichnamige Oblast Ziel einer der schwersten Angriffswellen seit Februar 2022. Dabei schlugen innerhalb weniger Stunden in mehreren Salven 30 ballistische Raketen ein. Sie richteten sich vor allem gegen die Energieinfrastruktur und forderten mindestens fünf Todesopfer und fast 40 Verletzte. Binnen etwas mehr als einer Woche wurden durch russische Angriffe fast 100 Zivilpersonen getötet und 400 verletzt. Frankreich spricht den Familien der Opfer sein Beileid aus und wünscht den Verletzten rasche Genesung. Bei dieser Gelegenheit bekräftigt es außerdem seine unerschütterliche Solidarität mit dem angegriffenen ukrainischen Volk.

Herr Vorsitzender,

mit seinen massiven und anhaltenden Angriffen auf ukrainische Städte – allen voran Kyjiw – nimmt Russland zynisch die Lebensgrundlagen des ukrainischen Volkes in dessen eigenem Land ins Visier.

Russland macht keinen Hehl aus seiner Absicht, in diesem Winter durch Angriffe auf die Strom- und Wärmeversorgung, auf Arzneimittellager und auf das Wasserversorgungsnetz eine humanitäre Katastrophe herbeizuführen. Mit seinen Angriffen auf die Telekommunikations- und Verkehrsinfrastruktur will Russland die ukrainische Bevölkerung nicht nur Kälte und Dunkelheit aussetzen, sondern sie darüber hinaus auch von der Welt abschneiden und isolieren.

Auch die jüngsten, in der vergangenen Woche in diesem Gremium wiederholten Drohungen des russischen Außenministeriums gegen diplomatische Vertretungen und ausländische Staatsangehörige in der Ukraine, die sich in diese Gesamtstrategie einfügen, sind nicht hinnehmbar. Wir erinnern daran, dass Russland seine Verpflichtungen aus dem Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen von 1961 einzuhalten hat.

Herr Vorsitzender,

der von Russland begonnene Angriffskrieg wirkt sich weit über den europäischen Kontinent hinaus auf die ganze Welt aus. Die Ernährungssicherheit zahlreicher Länder und von Millionen von Menschen wird durch Russlands hartnäckige Versuche gefährdet, die Ukraine am Export ihres Getreides zu hindern. Dabei nimmt Russland – wie die vergangenen Tage gezeigt haben – auch eine wachsende Zahl von Opfern unter Seeleuten verschiedener Nationalitäten an Bord ziviler Schiffe im Schwarzen Meer in Kauf.

Die Folgen sind bereits spürbar. Nach Angaben der FAO sind die Getreidepreise zwischen August und September um fünf Prozent gestiegen. Der Weizenpreis liegt inzwischen über dem Stand vom August 2023, und der Maispreis ist auf dem höchsten Stand in drei Jahren.

Herr Vorsitzender,

wir finden uns mit dieser Lage der Dinge nicht ab. Frankreich und seine Partner werden die Ukraine bei der Ausübung ihres naturgegebenen Rechts zur Selbstverteidigung weiterhin konkret unterstützen.

Deshalb wird Frankreich weiterhin an der Seite der Ukraine und von Präsident Selenskyj stehen:

Gemeinsam mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben wir diese Woche fast 1 600 neue Sanktionen gegen Organisationen und Einzelpersonen des russischen militärisch-industriellen Komplexes verhängt, die seit inzwischen mehr als vier Jahren am russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine beteiligt sind.

Frankreich unterstützt zudem weiterhin alle Initiativen zum Schutz der Zivilbevölkerung und zur Herbeiführung eines doppelten Moratoriums für Angriffe auf die Energieinfrastruktur sowie für Angriffe im Schwarzen Meer, wie es der französische Staatspräsident vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen gefordert hat. Vorbehaltlos unterstützen wir auch den Aufruf der Vereinigten Staaten zu einer echten Feuerpause im Energiebereich; die Ukraine ist dazu bereit. Zurzeit verweigert allein Russland eine solche Feuerpause und verstärkt zugleich seine Angriffe auf die ukrainische Infrastruktur.

Frankreich fordert eine sofortige, vollständige und bedingungslose Waffenruhe.

Wir fordern Russland erneut auf, sein unerbittliches Vorgehen gegen die ukrainische Zivilbevölkerung einzustellen, den Weg zu einer umfassenden Deeskalation zu ebnen und sich an Verhandlungen über einen gerechten und dauerhaften Frieden zu beteiligen. Frankreich wird gemeinsam mit seinen Partnern weiterhin unermüdlich auf einen solchen

Frieden hinarbeiten und die unverzügliche Freilassung der drei OSZE-Mitarbeiter Wadym Holda, Maksym Petrow und Dmytro Schabanow einfordern.

Ich danke Ihnen und bitte Sie, diese Erklärung dem Journal des Tages als Anhang beizufügen.

OSZE

Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
Ständiger Rat

PC.JOUR/1581
15 October 2026
Annex 3

GERMAN
Original: SPANISH

1581. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 1581, Punkt 3 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION SPANIENS

Herr Vorsitzender,

Spanien schließt sich der Erklärung der Europäischen Union an; dennoch möchte ich in nationaler Eigenschaft einige Anmerkungen hinzufügen.

Zuerst möchten wir Botschafter McGurk für seine Ausführungen und seinen Tätigkeitsbericht danken und ihm unsere Anerkennung für die Arbeit aussprechen, die er zusammen mit seinem Team geleistet hat. Wir sind ihm äußerst dankbar dafür, dass er zweimal im Jahr zu uns kommt – wir erachten seine Teilnahme als unverzichtbar, um die Entwicklung der Lage angemessen verfolgen zu können. Wir möchten zudem noch einmal unsere Unterstützung für die wichtige Arbeit bekräftigen, die die OSZE-Mission im Kosovo gemeinsam mit anderen auf dem Gebiet des Kosovo vertretenen internationalen Institutionen leistet.

Herr Vorsitzender,

wie andere Teilnehmerstaaten erkennt Spanien das Gebiet des Kosovo nicht als Staat an und ist der Auffassung, dass jede Aktivität der OSZE-Mission im Kosovo unter Einhaltung der Resolution 1244 (1999) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen als Referenzrahmen erfolgen sollte.

Spanien bekräftigt, dass der Konflikt um das Gebiet des Kosovo nur durch Dialog zwischen Belgrad und Priština sowie durch Verhandlungen gelöst werden kann, basierend auf der Umsetzung der Vereinbarungen von 2013 und 2023, die unverzüglich und in gutem Glauben erfolgen muss. Wir sind der Ansicht, dass Fortschritte im Dialog zwischen Belgrad und Priština eine Voraussetzung dafür sind, dass beide Seiten auf ihrem jeweiligen Weg in die EU vorankommen können.

Wir bedauern die einseitigen Entscheidungen der Behörden in Priština, die sich nach wie vor auf das tägliche Leben der Bevölkerungsgruppen im Norden auswirken und die unter Missachtung der wiederholten Aufforderungen, von einseitigen Maßnahmen abzusehen, getroffen wurden. In diesem Zusammenhang bedauern wir die Entscheidung des Justizrats des Kosovo, serbischen Richtern die Wiedereinreise in das Staatsgebiet zu verweigern. Es ist notwendig, alle Parteien weiterhin aufzufordern, unter vollständiger Einhaltung des Gesetzes

und der im Rahmen des Dialogs eingegangenen Verpflichtungen die Voraussetzungen für eine multiethnische Justiz wiederherzustellen.

Spanien möchte seine Besorgnis über das von der Kosovo-Versammlung verabschiedete Gesetz zum Ausdruck bringen, mit dem das Mandat der Kosovo-Sonderkammern in Den Haag abgeändert wird, was einen klaren Verstoß gegen die völkerrechtlichen Verpflichtungen des Kosovo darstellt. Der Kosovo muss die richterliche Unabhängigkeit der Kammern gewährleisten und deren unparteiische Arbeitsweise ermöglichen, um sicherzustellen, dass Einzelpersonen für begangene Kriegsverbrechen zur Rechenschaft gezogen werden, und um den Opfern aus allen Bevölkerungsgruppen im Kosovo Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

Herr Vorsitzender,

wir danken der OSZE-Mission im Kosovo für ihren Beitrag zu den Bemühungen um einen Abbau der Spannungen und wünschen Botschafter McGurk und seinem Team viel Erfolg.

Herr Vorsitzender,

ich ersuche Sie höflich, diese Erklärung dem Journal des Tages beifügen zu lassen.

Vielen Dank.

OSZE

Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
Ständiger Rat

PC.DEC/1534
15 October 2026

GERMAN
Original: ENGLISH

1581. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 1581, Punkt 2 der Tagesordnung

BESCHLUSS Nr. 1534
EMPFEHLUNG AN DEN MINISTERRAT, EINEN BESCHLUSS ÜBER DIE ZUERKENNUNG DES STATUS EINES KOOPERATIONSPARTNERS AN KATAR ZU VERABSCHIEDEN

Der Ständige Rat

1. ersucht den Vorsitz des Ständigen Rates, dem Amtierenden Vorsitzenden den Entwurf eines Beschlusses des Ministerrats über die Zuerkennung des Status eines Kooperationspartners an Katar zu übermitteln;

2. empfiehlt, dass der Ministerrat diesen Beschluss im Wege der stillschweigenden Zustimmung mit einer Einspruchsfrist verabschiedet, die am 20. Oktober 2026 um 12.00 Uhr MEZ endet.